Analyse eines Experimentes : die Frauenliste im Rückblick

Autor(en): **Benz-Burger, Lydia**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **31 (1975)**

Heft 12

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845367

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Analyse eines Experimentes

Die Frauenliste im Rückblick

Ausgangspunkt und Zielsetzung der Frauenliste war: mehr Frauen in den Nationalrat. Dieses Ziel ist im Kanton Zürich erreicht worden; nicht nur wurden die vier Bisherigen bestätigt, es kam eine fünfte dazu. Mit der Frauenliste konfrontiert, gaben die Parteien mehr Geld aus für die Werbung ihrer Kandidatinnen, so dass diese ihren Platz besser halten konnten als in den Kantonsratswahlen im Frühling dieses Jahres oder ihn sogar verbesserten. Die separate Stadt- und Landliste bei der CVP, FdP und SP lässt das bessere Abschneiden der Kandidatinnen in der Stadt erkennen. Die Aktion Frauenliste hat demnach zu einer Sensibilisierung geführt, wenn auch noch zu einer relativ bescheidenen. Jedenfalls waren die Ängste der Kandidatinnen auf den Parteilisten, die zweifellos Ursache massiver Angriffe waren, unnötig und haben gezeigt, dass von Solidarität unter den Frauen noch keine Rede sein kann — bis auf bescheidene Ansätze. Hingegen darf festgehalten werden, dass die **89 584 Parteistimmen,** welche die Politisch Interessierten Frauen erhielten, verpflichtend sind. Unter den 21 eingereichten Listen darf Liste 17 den **vierzehnten Platz** in der Rangfolge beanspruchen. Sie hat damit Gruppierungen überflügelt, die schon seit Jahren auf dem politischen Parkett mitmachen.

Die Frauenliste wollte zudem ein Weiteres erproben: ob man mit wenig Geld heutzutage noch Wahlen gewinnen kann. Für die Liste 17 standen pro Kandidatin tausend Franken aus der eigenen Tasche zur Verfügung. Dieser Betrag reichte für das Plakat, ein Flugblatt in der Auflage von 20 000 Exemplaren und einige wenige Inserate mit Gruppenbild. Jede Arbeit wurde selbst gemacht. Als «Sandwichwomen» nahm eine Gruppe in den Strassen Zürichs Kontakt mit der Bevölkerung auf. An den wenigen Veranstaltungen, an denen wir mitmachten, wurde versucht, das Wahlprogramm darzustellen. Die Liste war überparteilich: 5 Kandidatinnen gehörten einer Partei an (FdP, SP, LdU, Lib.-soz.), die andern 11 waren parteilos. Zu dem gemässigten feministischen Programm konnten sich alle bekennen. Die Berichterstattung anlässlich der Pressekonferenz war sehr positiv und zeugte von der Aufgeschlossenheit der anwesenden Journalisten. Dagegen äusserten sich Parteileute in Pressediensten und Einzelartikeln — die Frauen an vorderster Front — in wenig rühmlicher Weise und bar jeder Toleranz in der so viel gerühmten offenen Demokratie.

Eine wichtige Erfahrung muss für die Weiterarbeit festgehalten werden: Solange das Frauenstimmrecht noch nicht eingeführt war, funktionierte das **überparteiliche Zusammenarbeiten** unter den Frauen leidlich gut. In der Politik sind andere Massstäbe gegeben. So unterschied die «überparteilich zusammengesetzte Frauenzentrale» zwischen den Kandidatinnen auf den Parteilisten und jenen auf der Frauenliste im Sinne einer Erst- und Zweitklassierung, obwohl Liste 17 eine ausgesprochen «überparteiliche» Zusammensetzung aufwies. Die nächste Frauenliste muss demnach als Frauen-Partei dem Bürger präsentiert werden. Im Sinne der Konkurrenz wird sie nötig sein, damit die Parteien herausgefordert werden, ein Optimum an Fortschritt für die Belange der Frau, die letztlich Anliegen der Menschheit sind, anzustreben und zu verwirklichen. Ohne zusätzliche Aktionen von Sei-

ten der Frauen wird die Integration und tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann ums Jahr zweitausend noch nicht erreicht sein.

Die Frauenliste hatte noch eine weit wichtigere Bedeutung: sie hat den Frauen gezeigt, dass sie politisch selber etwas unternehmen können, wenn sie nur wollen. Und das ist nicht wenig.

Lydia Benz-Burger

Nicht alle Wege führen in die Zukunft

Von Elisabeth Kopp, Erziehungsrätin

(ZFP) Im Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz steht geschrieben, der innenpolitische Zustand des Staates sei «ein entscheidender Faktor seiner Strategie. Wenn der Wille, sich zu behaupten fehlt, und der nationale Zusammenhalt brüchig wird, werden strategische Konzeptionen gegenstandslos.»

Wie intakt ist dieser innenpolitische Zustand in unserem Land, inwieweit besteht noch ein «nationaler Zusammenhalt»?

Neben sehr viel Positivem, das gewisse Kritiker geflissentlich zu übersehen pflegen, gibt es verschiedene Symptome, die uns aufhorchen lassen müssen. Eine immer geringer werdende Identifikation mit unserem Staatswesen ist unverkennbar. Ausdruck einer gewissen Staatsverdrossenheit sind nicht nur eine oft beschämend schlechte Stimmbeteiligung und ein nicht mehr übersehbarer Nein-Trend, sondern auch die mangelnde Bereitschaft zu politischer Mitarbeit und Mitverantwortung sowie das schwindende Vertrauen in unsere (immerhin von uns gewählten) Behörden. In einem scheinbaren Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass diesem Staat, dem man nicht mehr ohne weiteres Gefolgschaft zu gewähren bereit ist, immer neue Aufgaben aufgebürdet werden — Aufgaben, die ihn oft an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit treiben, womit der Keim zu neuer Kritik gelegt ist.

Noch bedenklicher als diese Entwicklung mutet die zunehmende Desintegration eines Teils unserer Jugend — und bei weitem nicht des schlechtesten Teils — aus unserer Gesellschaft an. Die seelische Krise, in der ein Teil unserer Jugendlichen steckt, manifestiert sich vor allem in zunehmendem Drogenkonsum, in einer freilich oft den «Erwachsenen» abgeguckten Naivität und Anfälligkeit gegenüber extremen Ideologien, in steigender Kriminalität und zunehmenden psychischen Erkrankungen.

Die beiden Problemkreise um das Verhalten von uns allen gegenüber unserem Staat und um die Integration oder Desintegration unserer Jugend hängen teilweise zusammen. Bei der Unrast der Jugend kommen zusätzliche Faktoren dazu, so etwa das zunehmende Auseinanderklaffen der körperlichen Reife und der Übernahme von Verantwortung in Beruf und Politik und das auf dem Hintergrund des berauschenden modernen Lebenstempos geringe Verständnis für die Langsamkeit des demokratischen Meinungsbildungsprozesses.

Allen aufgezählten Erscheinungen gemeinsam dürfte, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, die Angst vor der Zukunft und das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit sein. Die Zukunftsangst wird in letzter Zeit verschärft durch die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung.